

Ref./ FD                      Gesundheit  
Sachbearbeiter/in:       Herr Blohm  
Aktenzeichen:              FD 53  
Vorlage Nr.:                2024/FD53/066  
Datum:                        12.11.2024

## **Mitteilungsvorlage**

**- öffentlich -**

Suchtberatung im Landkreis Wesermarsch ab 2025

### **Beratungsfolge:**

<b>Gremium</b>	<b>am</b>
Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration	28.11.2024

### **Mitteilungstext:**

Die Neuausrichtung der Suchtberatung im Landkreis Wesermarsch vor dem Hintergrund wachsender Mangelversorgung durch fachliche Hilfsangebote wird zur Kenntnis genommen.

### **Sachverhalt:**

In der aktuell angespannten suchtmmedizinischen, ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgungssituation, und ohne die Möglichkeit zur Substitution im Landkreis Wesermarsch, zeichnet sich in den letzten Jahren eine Zunahme suchtabhängiger Patienten ab. So verzeichnet der Sozialpsychiatrische Dienst (SpDi) am Gesundheitsamt des Landkreises Wesermarsch seit Jahren einen Zuwachs an Fallzahlen. Auch ist durch die angespannte allgemeine medizinische und suchtttherapeutische Versorgungssituation ein Anstieg der Zwangsunterbringungen zu verzeichnen. Dies gilt gleichfalls im Vergleich mit anderen Gebietskörperschaften.

Den Suchterkrankungen ist immanent, dass sie in fortgeschrittenen Fällen mit schwergradigen körperlichen Folgeschäden und einer Verelendung einhergehen. Diese schwer suchterkrankten Menschen müssen in ihrem häuslichen Umfeld aufgesucht werden und zur weiteren suchtttherapeutischen Maßnahme motiviert werden. Dies wird zurzeit vom Sozialpsychiatrischen Dienst sichergestellt. Diese Aufgabe ist an die Suchtberatungsstellen delegiert, wird von diesen aber nicht wahrgenommen. Die Suchtberatungsstellen erwarten, dass der suchterkrankte Mensch sie aufsucht. Dies setzt bereits eine Motivation beim Betroffenen voraus, die häufig nicht gegeben ist, zumal diese Haltung nicht dem aktuellen wissenschaftlichen Stand entspricht.

Die sogenannten Komm-Strukturen der Suchtberatungsstellen sind gerade in einem weitgestreckten ländlichen Raum nicht aufrecht zu erhalten.

Hinzu kommt, dass die Suchtversorgung vertraglich durch zwei Anbieter im Landkreis Wesermarsch sichergestellt wird. So versorgt die Diakonie die an legaler Sucht erkrankten Menschen und Der Paritätische Niedersachsen die illegalen Süchte. Hierdurch werden Doppelstrukturen (Personal, Räume, etc.) erforderlich, die vom Landkreis Wesermarsch mitfinanziert werden.

In der Versorgung zeigt sich, dass die an Sucht erkrankten Menschen häufig sowohl legale als auch illegale Suchtstoffe konsumieren, sodass die Zuordnung nicht klar ist. Außerdem liegen häufig zusätzliche psychiatrische Erkrankungen (so genannte komorbide Störungen, wie Depression, Angststörungen, Persönlichkeitsstörung) vor, die eine enge Zusammenarbeit der Suchtberatung mit dem SpDi notwendig machen. Dies Zusammenarbeiten muss aufsuchend im häuslichen Umfeld des Erkrankten erfolgen. Hier bedeutet eine fachaufsichtliche Führung durch den Psychiater, Suchtmediziner und Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes eine deutliche Versorgungsverbesserung.

Aktuell ist aufgrund der Cannabis-Legalisierung eine Stärkung der Prävention unbedingt erforderlich. Die Sucht-Prävention erfolgt zurzeit allenfalls marginal und muss mehr und umfassender in der Fläche (Schulen, Gemeinden, Sportvereine, Gruppen, etc.) erfolgen. Im Falle einer zusammengeführten Suchtberatung der illegalen und legalen Süchtigen wird dies durch die Synergie-Effekte besser möglich sein.

Um diese geänderten Anforderungen für die Betroffenen anbieten zu können, wurde eine Leistungsbeschreibung für die Beratung aus einer Hand unabhängig vom Suchtstoff, inklusive aufsuchender Beratung, erarbeitet und den Anbietern zur Angebotsabgabe übermittelt. Als Ansprechperson für inhaltliche Nachfragen stand Herr Brose zur Verfügung. Die Inhalte und Zielrichtung der Leistungsbeschreibung wurde bereits Mitte 2023 mit den für die Suchtberatung in der Wesermarsch zuständigen Stellen (Diakonie = legale Drogen, Step = illegale Drogen) kommuniziert mit der Bitte, ein Angebot einzureichen.

In einem weiteren Gespräch mit der Diakonie im November 2023 konnte keine Annäherung zur inhaltlichen Ausgestaltung der beabsichtigten Neuausrichtung der Suchtberatung hergestellt werden. Da die Diakonie in den darauffolgenden Monaten kein Angebot eingereicht hat, wurde der bisherige Vertrag fristgerecht gekündigt. Im Kreisausschuss am 10.06.2024 wurde über die geänderten Anforderungen der Beratung und die Kündigung informiert.

Die Paritätische Suchthilfe Niedersachsen gGmbH (früher Step) hat die Gespräche mit dem Landkreis zur Leistungsbeschreibung aufgenommen und ein passendes Angebot unterbreitet. Um auch der Diakonie die Gelegenheit zu geben, weiter an der Versorgung teilzunehmen, hat der Landkreis aktiv Kontakt aufgenommen und mitgeteilt, dass wir einem Angebot gern entgegensehen. Dieser Hinweis wurde nach einiger Zeit ohne Angebotseingabe wiederholt.

Nach geraumer Zeit wurde dann auch von der Diakonie ein Angebot zur Übernahme der Suchtberatung unterbreitet. Dieses entsprach jedoch inhaltlich nicht den Anforderungen der Leistungsbeschreibung.

Im Ergebnis lag damit ein passendes Angebot mit schlüssiger Kalkulation der Paritätischen Suchthilfe Niedersachsen gGmbH vor. Das Angebot wurde angenommen und die Leistung wird ab 01.01.2025 erbracht.

**Anlage/n:**

./.

gez. Blohm

---

Unterschrift